



## Gleiche Bildungschancen für alle Kinder

Kinder in Deutschland sollen gut und gesund aufwachsen – unabhängig vom Geldbeutel und der Bildung der Eltern. Damit alle Kinder die gleichen Chancen auf eine gute Zukunft haben, will die CDU/CSU-Fraktion vor allem in die Bildung investieren. Einfach nur mehr Geld an die Eltern zu verteilen, wie es die Koalition mit der Kindergrundsicherung vorhat, hält die Union für falsch.

In Deutschland leben etwa 14,25 Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. Rund 1,9 Millionen sind auf Sozialleistungen angewiesen. Dabei zeigt sich ein deutlicher Zusammenhang zwischen der sozialen Herkunft und dem Erfolg in der Schule. Viele dieser Kinder können nicht ausreichend lesen, schreiben und rechnen. Viele von ihnen haben Schwierigkeiten mit der deutschen Sprache. Durch die Corona-Pandemie und den Lehrermangel hat sich die Situation zusätzlich verschlechtert.

„Wir werden diese Woche mit dem Kinderzukunftsprogramm der Kindergrundsicherung der Ampel ein eigenes Programm entgegensetzen. Unser Konzept setzt nicht auf die Ausweitung der Transferleistungen, sondern auf die gezielte Investition in Bildungsinfrastruktur“, so Friedrich Merz, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Die CDU/CSU sieht den Schlüssel für mehr Chancengleichheit im Ausbau der Bildungsinfrastruktur. Sie hat unter dem Stichwort „Kinderzukunftsprogramm“ eine Reihe von Ideen zu Papier gebracht, die sie im Bundestag zur Abstimmung stellt. Kleinkinder, die Entwicklungsdefizite haben, müssen in der Vorschule gefördert werden. Zur Förderung gehören verpflichtende Sprachprogramme. Kitas und Grundschulen sollen besser zusammenarbeiten. Damit der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschul Kinder verwirklicht werden kann, sollen auch Tagesmütter und -väter einbezogen werden. Im Bildungs- und Betreuungssystem müssen mehr Fachkräfte eingestellt werden. Digitale Bildung soll es von Anfang an geben.

Die CDU/CSU möchte, dass Kinder, die von Armut bedroht sind, zusätzlich zum Kindergeld ein „Kinderzukunftsgeld“ bekommen. In diesem Kinderzukunftsgeld sind der Kinderzuschlag, aber auch Leistungen für Bildung und Teilhabe enthalten. Das zusätzliche Geld hilft Familien, die sich das normalerweise nicht leisten können, Sportgeräte, Musikinstrumente oder Schwimmkurse für die Kinder zu bezahlen. Anders als die Ampel-Koalition lehnt die Unionsfraktion es aber ab, nur Geld umzuverteilen. Sinnvoller findet sie Investitionen in die Bildungsinfrastruktur.

Denn unsere Kinder sollen gut und gesund aufwachsen - unabhängig vom Geldbeutel und der Bildung ihrer Eltern. Damit sie alle die gleichen Chancen auf eine gute Zukunft haben, wollen wir vor allem in die Bildung investieren. Einfach nur mehr Geld an die Eltern zu verteilen, wie es die Ampel mit der Kindergrundsicherung plant, ist nicht der richtige Weg.

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freundinnen und Freunde,



ungefähr 400.000 Asylbewerber werden nach Schätzung der Bundespolizei in diesem Jahr in Deutschland Schutz suchen. In den ersten acht Monaten dieses Jahres kamen über 200.000 Asylbewerber nach Deutschland – eine Größenordnung von zwei Großstädten, die von Ländern und

Kommunen aufzunehmen, zu versorgen und zu integrieren sind. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum sind die Asylantragszahlen um über 77 Prozent gestiegen, wobei keine Abnahme der irregulären Migration absehbar ist. Hinzu kommen über eine Million ukrainische Kriegsflüchtlinge, die vor dem russischen Überfall fliehen mussten.

Die Ampel bleibt dabei erstaunlich untätig. Daher hat die Unionsfraktion nun einen eigenen Maßnahmenkatalog erstellt, wie die irreguläre Zuwanderung zu stoppen ist. Diese Menschen müssen in den Kommunen zusätzlich aufgenommen, versorgt und integriert werden. Die Städte und Gemeinden sind allerdings schon lange am Limit. Es mangelt dort an Wohnungen, Schul- und Kitaplätzen. Um die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger für das Asylsystem zu erhalten, bedarf es wirksamer Maßnahmen zum Stopp der irregulären Migration.

Auf nationaler Ebene sind das Kontrollen an der Grenze zu Polen, Tschechien und der Schweiz, so wie es sie bereits an der Grenze zu Österreich gibt. Die Liste der sicheren Herkunftsländer sollte erweitert werden um Georgien, Moldau und Indien sowie die Maghreb-Staaten Tunesien, Algerien und Marokko. Mit Herkunftsstaaten, aus denen besonders viele Asylbewerber kommen, muss die Regierung Rücknahmevereinbarungen schließen. Auf europäischer Ebene muss die Bundesregierung für einen wirksamen Schutz der EU-Außengrenzen sorgen und sich für die Unterstützung der Mitgliedstaaten einsetzen, die eine EU-Außengrenze haben. Dringend nötig ist eine Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems. Zudem muss von der Möglichkeit Gebrauch gemacht werden, endlich Asylverfahren in sicheren Drittstaaten durchzuführen.

Herzliche Grüße aus Berlin!

Ihr

Dr. Günter Krings, MdB  
**Vorsitzender der CDU-Landesgruppe NRW**

*Foto: Tobias Koch*



## Regierung misstraut der Justiz und behindert ihre Arbeit

### Opferschutz wird geschwächt

Im Bundestag fand in dieser Sitzungswoche die erste Lesung des Gesetzes zur digitalen Dokumentation der strafgerichtlichen Hauptverhandlung statt. Dazu erklärt der rechtspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Günter Krings MdB:

„Die Justiz benötigt für ihre Arbeit unsere volle Unterstützung. Statt der Justiz mit einem Pakt für einen Rechtsstaat zu helfen und gemeinsam mit den Ländern für eine bessere Justizausstattung so sorgen, behindert die Regierung mit dem Hauptverhandlungsdokumentationsgesetz die Arbeit der Justiz. Sowohl die als Option vorgesehene Videoaufzeichnung als auch die verpflichtende Tonaufzeichnung werden zu einer erheblichen Mehrbelastung der Justiz führen – zumal die Technik bisher nicht ausgereift ist. Der Regierungsentwurf atmet ein tiefes Misstrauen gegen die Arbeit der Richter. Das schwächt die Akzeptanz unseres Rechtsstaates.

Auch der Opferschutz wird mit dem Gesetzentwurf geschwächt. Die Belastung der Opfer wird durch eine Aufzeichnung gesteigert. Opfer können durch eine Aufzeichnung eingeschüchtert werden. Die Aussagebereitschaft wird daher zurückgehen und die Wahrheitsfindung beeinträchtigt.

Nach der ebenso fundierten wie vernichtenden Kritik an den Minister-Plänen aus der Richterschaft soll es nun den Ländern überlassen werden, ob sie Gerichtsverhandlungen per Video oder nur im Ton aufzeichnen. Hier droht deshalb zusätzlich ein Flickenteppich bei den Strafprozessen in Deutschland. Die Prozessordnungen waren aus gutem Grunde die ersten Gesetze, die vor fast 150 Jahren im Deutschen Reich vereinheitlicht wurden. Die Ampel-Gesetzgebung marschiert nun zurück in die Kleinstaaterei.“

*Foto: Tobias Koch*

## Deutsche Wirtschaft strauchelt, Ampel streitet

### 14 Maßnahmen zur Sicherung Deutschlands industrieller Stärke

Die aktuelle Wirtschaftslage ist kritisch und fragil. Deutschland befindet sich in einer Rezession. Der Industriestandort leidet besonders unter den hohen Energiekosten, zu viel Regulierung und Exporteinbruch. Die Industrieproduktion ist stark rückläufig. Hier haben wir es nicht mit einer kleinen konjunkturellen Delle zu tun, strukturell kommen große Probleme auf unser Land zu. Deshalb heißt es für die Politik: Rahmenbedingungen anpassen, Impulse für Investitionen und Wachstum setzen. Kurzum: Trendwende für den Standort!

Hierzu hat die Unionsfraktion 14 konkrete Maßnahmen vorgelegt. Es braucht ein Belastungsmoratorium und spürbare Bürokratieentlastung. Insbesondere das Lieferkettengesetz muss in diesen Krisenzeiten ausgesetzt werden, da es gerade in kleinen Betrieben zu massiven Belastungen führt.

Statt ewigen Ampel-Streit über einen Industriestrompreis mit ungewissen Ausgang in Brüssel, wollen wir schnell günstigere Energie für Unternehmen und Verbraucher schaffen, durch eine Ausweitung des Energieangebots sowie die Reduzierung der Stromsteuer und der Netzentgelte.

Es braucht eine Belastungsbremse: Die Sozialabgaben müssen bei 40 Prozent gedeckelt werden und die Steuerbelastung von Unternehmen auf 25 Prozent sinken. Statt handelspolitische Verunsicherung durch immer mehr Nachforderungen etwa beim EU-Mercosur-Abkommen will die Union den Abschluss von Freihandelsverträgen und Rohstoffabkommen intensivieren. Diese Abkommen sind ein nahezu kostenloses Konjunkturprogramm für unsere Exportnation. Dazu braucht Deutschland endlich wieder eine starke Stimme in Brüssel.

Zudem will die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, dass der Mittelstand forschungs- und innovationsstark bleibt, daher müssen die Kürzungen beim Zentralen Innovationsprogramms Mittelstand sowie der Industriellen Gemeinschaftsforschung zurückgenommen werden.

#### Impressum:

Ausgabe Nr. 15/2023,  
22. September 2023

**Landesgruppe NRW** der  
CDU/CSU-Fraktion im  
Deutschen Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030/ 227-58956  
Fax: 030/ 227-76421

Email:  
[fabian.bleck@cducsu.de](mailto:fabian.bleck@cducsu.de)  
**Redaktion/ V.i.S.d.P.:**  
Karl-Heinz Aufmuth,  
Fabian Bleck